

DER EMISSIONSHANDEL soll reformiert werden – doch die Richtung ist umstritten

Auktion von Zertifikaten beginnt 2008

KLAUS STRATMANN | BERLIN

Der Handel mit Emissionszertifikaten steht vor einer einschneidenden Veränderung: Union und SPD sind sich einig, dass ein Teil der Zertifikate bereits ab 2008 versteigert werden soll. Die Fraktionen wollen die Versteigerung in das laufende Gesetzgebungsverfahren für das Zuteilungsgesetz einbauen. Das Gesetz regelt die Details des Emissionshandels für die zweite Handelsperiode, die von 2008 bis 2012 läuft. Auf die Wirtschaft kommen Kosten im dreistelligen Millionenbereich zu.

„Wir wollen in der nächsten Handelsperiode von der Möglichkeit Gebrauch machen, zehn Prozent der Emissionszertifikate zu versteigern“, sagte Unionsfraktionsvize Katherina Reiche (CDU) dem Handelsblatt. „Wir werden der Energiewirtschaft weniger Zertifikate umsonst zuteilen. Sie müssen dann die fehlenden Zertifikate ersteigern“, sagte Reiche. Ziel sei es, einen Teil der Zusatzgewinne abzuschöpfen, die die Energieversorger durch den Emissionshandel erzielen. Die Energieversorger bekommen die Zertifikate bislang kostenlos zugeteilt, stellen ihren Kunden die Zertifikate aber zum Marktpreis in Rechnung. Dadurch erzielen sie jährlich Zusatzgewinne in Milliardenhöhe.

Reiche wies den Vorwurf zurück, die Versteigerung führe zwangsläufig zu höheren Strompreisen. Künftig würden die Energieversorger ihren Kunden „zwar auch die ersteigerten Zertifikate in Rechnung stellen – aber mit dem Unterschied, dass sie dafür zuvor auch tatsächlich Geld bezahlt haben“. Das steigere die Transparenz der Preiszusammensetzung. Auch die SPD-Fraktion spricht sich für die Versteigerung aus. „Dass die

ser Schritt kommt, ist klar. Über die Details werden wir uns mit der Union im weiteren Gesetzgebungsverfahren verständigen“, sagte Frank Schwabe, Berichterstatter der SPD-Fraktion für das Zuteilungsgesetz, dem Handelsblatt.

Im Entwurf für das Zuteilungsgesetz, das vom Bundesumweltministerium erarbeitet wurde, ist die Versteigerung bislang nicht vorgesehen. Die Koalitionsfraktionen hatten aber bereits vor Wochen erkennen lassen, dass sie sich für die Auktionierung stark machen. Das Parlament befasste sich am Freitag in erster Lesung mit dem Zuteilungsgesetz. Es sieht vor, dass die beteiligten Kraftwerke und Fabriken in Deutschland jährlich 453 Mill. Tonnen Kohlendioxid ausstoßen dürfen. Tatsächlich lag der Ausstoß zuletzt bei 475 Mill. Tonnen gelegen.

Damit die Zertifikate nicht zum Spekulationsobjekt werden, sprechen sich die Abgeordneten für strenge Auktionierungsregeln aus. So plädierte Reiche etwa für ein Bookbuilding-Verfahren. Dabei wird eine Preisspanne festgesetzt, die die Gebote nach oben und nach unten begrenzt.

Uneinigkeit besteht über die Verwendung der Auktionserlöse, die Schwabe auf 500 Mill. Euro schätzt, in der Branche jedoch auf bis zu 800 Mill. Euro beziffert werden. Reiche und Schwabe plädieren dafür, das Geld in Programme zu Steigerung der Energieeffizienz zu stecken. Schwabe denkt zusätzlich an einer Förderung des Ausbaus der erneuerbaren Energien. Dagegen plädiert etwa Joachim Pfeiffer (CDU), energiepolitischer Koordinator der Union, dafür, mit dem Geld die mittelständische Wirtschaft bei der Stromsteuer zu entlasten.

Fachleute verlangen seit langem eine Versteigerung der Zertifikate. Jürgen Hacker vom Bundesverband Emissionenhandel und Klimaschutz hält es aber für falsch, nur den Energieversorgern Zertifikate wegzunehmen. Er fordert, auch den anderen am Emissionenhandel teilnehmenden Branchen – etwa Stahl-, Papier- und Zementindustrie – einen Teil der kostenlosen Zertifikatezuteilung zu kürzen, um sie zu motivieren, sich an der Auktion zu beteiligen: „Es muss für alle Teilnehmer eine gewisse Knappheit entstehen. Erst wenn alle Branchen sich an der Versteigerung beteiligen, bildet sich der richtige Zertifikatpreis heraus.“



Das RWE-Braunkohlekraftwerk Niederaußem ist laut WWF eine der größten Kohlendioxid-Schleudern in Europa.

Stahlbranche will Obergrenzen kippen

BERLIN. Die Stahlindustrie setzt sich für einen Systemwechsel im Emissionshandel ein und fordert die Einführung eines branchenbezogenen Handels. „Für die Stahlindustrie hat sich das Emissionshandelssystem in seiner jetzigen Ausgestaltung als ungeeignet erwiesen“, sagte Dieter Ameling, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl, dem Handelsblatt. „Es ist eine Wachstumsbremse.“

Derzeit bekommen die Stahlunternehmen in der EU für jede Produktionsanlage jährlich eine bestimmte Menge von Zertifikaten zugeteilt. Jedes Zertifikat berechtigt zum Ausstoß einer Tonne Kohlendioxid. Die Menge der kostenlos zugeteilten Zertifikate orientiert sich an Produktionsmengen der Vergangenheit. Wächst

die Produktion, müssen die Unternehmen Zertifikate zukaufen.

Die durch den Zukauf entstehenden Kostensteigerungen könnten im globalen Wettbewerb nicht weitergereicht werden, kritisierte Ameling. Die Produktion, die von den zugeteilten Zertifikaten nicht mehr gedeckt werde, müsse daher ins außereuropäische Ausland verlagert werden. „Dies ist nicht nur volkswirtschaftlich, sondern auch klimapolitisch kontraproduktiv. Das gilt besonders dann, wenn im Ausland der Stahl mit weniger effizienten Anlagen produziert wird.“

Die Branche will das ändern: „Wir schlagen für die Zeit nach 2012 ein sektorales Emissionshandelssystem vor. Für die gesamte Stahlproduktion sollte die mittlere Kohlendioxid-Emission

je Tonne Roheisen oder Rohstahl ermittelt werden. Die Differenz zwischen diesem Mittelwert und der tatsächlichen Emission gleichen die Produzenten untereinander durch Kauf oder Verkauf von Zertifikaten aus“, sagte Ameling. Die Zuteilung der Zertifikate soll ex post im Umfang der Produktion erfolgen. Eine absolute Emissionsobergrenze fiele damit weg.

Das System widerspräche aber dem Grundgedanken des Emissionshandels, verbindliche Emissionsobergrenzen festzulegen. Fachleute sind daher skeptisch: „Das wäre ein Systemwechsel“, sagte Claudia Kemfert, Klimaexpertin beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. „Ich warne davon, eine völlig andere Welt des Emissionshandels aufzubauen.“ str

Müntefering macht kehrt bei Betriebsrente

Förderung läuft doch weiter – Arbeitgeber erleichtert

KARL DOEMENS | BERLIN

Mit einem weitreichenden Bekenntnis zur Förderung der betrieblichen Altersversorgung über 2008 hinaus hat die Bundesregierung Arbeitgeber und Gewerkschaften positiv überrascht. „Es ist sehr begrüßenswert, dass Schwung in die Diskussion kommt“, sagte Alexander Gunkel, der Geschäftsführer der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA), dem Handelsblatt. Auch DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach erklärte: „Wir freuen uns über die Signale aus der Politik.“

Derzeit können Arbeitnehmer einen Teil ihres Einkommens steuer- und abgabenfrei in die betriebliche Altersvorsorge stecken. Die Abgabefreiheit für die Entgeltumwandlung läuft laut Gesetz jedoch Ende 2008 aus. Danach würden nicht nur weiterhin im Alter die vollen Pflege- und Krankenkassenbeiträge auf die Betriebsrente fällig. Zusätzlich müssten auch Sozialabgaben in der Ansparphase entrichtet werden. Nach Daten der Versicherungswirtschaft wären davon rund neun Millionen Verträge betroffen. Damit würde die Betriebsrente vielfach unattraktiv.

„Auf jeden Fall“ werde es „nicht zu einem ersatzlosen Auslaufen der bisherigen Regelung“ kommen, versicherte Sozial-Staatssekretär Franz Thönnies (SPD) nun im Bundesrat. Das Ressort von Franz Müntefering prüfe vielmehr, „ob die volle Fortsetzung der bisherigen Regelung oder eine gleichgewichtige mit anderer Methode sinnvoll ist“. In die Beratungen werde man eine im Sommer erwartete Studie zur Verbreitung der Altersvorsorge einbeziehen.

Die Ankündigung markiere „eine substanzielle Auflockerung“ der Minister-Position, bemerkte CDU-Rentenexperte Peter Weiß am Wochenende erfreut: „Da ist jetzt Bewegung drin.“ In Regierungskreisen gilt es als sicher, dass sich Thönnies mit Müntefering abgestimmt hat. Der Minister hatte ursprünglich für ein Auslaufen der Förderung plädiert, weil durch die Beitragsfreiheit den Sozialkassen jährlich zwei Mrd. Euro Beiträge entgehen. Auf einer Handelsblatt-Veranstaltung im März erklärte er sich erstmals bereit, über einen neuen Kinderbonus bei der betrieblichen Altersversorgung „zu reden“. Demgegenüber kämpft CDU-Mann Weiß für eine Fortsetzung der bisherigen Förderung. Dabei weiß er nicht nur Arbeitgeber und große Teile der Gewerkschaften hinter sich. „In den Fraktionen von CDU/CSU und SPD gibt es zunehmend Abgeordnete, die sich für diese Position stark machen“, sagt der Abgeordnete.

Die Ankündigung des Müntefering-Ministeriums wurde freilich durch einen Vorstoß des CDU-regierten Nordrhein-Westfalen ausgelöst, das sich im Bundesrat für einen vermeintlichen Kompromiss stark macht: Demnach sollen Arbeitnehmer bei der Entgeltumwandlung künftig von den Renten-, nicht aber den Kranken- und Arbeitslosenbeiträgen befreit sein. Dies reicht Bayern nicht: „Ich sehe derzeit keinen Anlass, sich darauf festzulegen, die auslaufende Beitragsfreiheit nur in der Rentenversicherung fortzusetzen“, sagte Arbeitsministerin Christa Stewens (CSU) dem Handelsblatt.

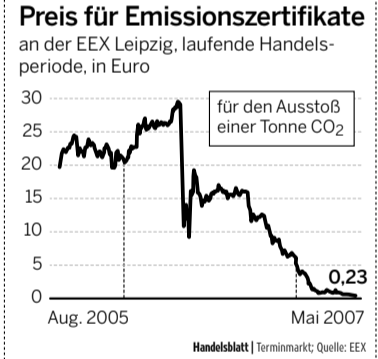
„Wir freuen uns über die Signale aus der Politik.“

Annelie Buntenbach, DGB-Vorstand

Ähnlich argumentierte auch SPD-Staatssekretär Thönnies: Das NRW-Modell sei „nicht ausreichend“. Stattdessen werde sich die Bundesregierung um einen Vorschlag bemühen, der für die Arbeitnehmer „attraktiver“ ist. Details wollte das Müntefering-Ressort nicht preisgeben. So blieb auch offen, was die alternativ diskutierten „gleichgewichtigen“ Fördermethoden sein könnten. Inoffiziell war von denkbaren Steuerzuschüssen die Rede.

Eine Fortführung der Beitragsfreiheit dürfte Müntefering Ärger mit seiner Kabinettskollegin Ulla Schmidt beschern: „Für den Bereich der Alterssicherung mag das sinnvoll sein, für den Bereich der Kranken- und Pflegeversicherung gehen wir von der Gesetzeslage aus“, betonte eine Sprecherin der Bundesgesundheitsministerin. Schmidt befürchtet ein neues Milliardenloch bei den Krankenkassen.

Derartige Sorgen werden indes durch eine Untersuchung des Mannheimer Ökonomen Axel Börsch-Supan relativiert. Beim Auslaufen der Beitragsfreiheit würden demnach viele Arbeitnehmer in Arbeitszeitkonten oder eine arbeitgeberfinanzierte Altersversorgung ausweichen, die sozialabgabenfrei bleiben. Für die Sozialsysteme wäre also nichts gewonnen. Zudem wirke das derzeitige Fördersystem sehr komplex, schreibt Börsch-Supan: So entgingen den Krankenkassen zwar in jungen Jahren Einnahmen, dafür erhielten sie im Alter aber höhere Beiträge aus der Betriebsrente. Zudem dämpfe die Entgeltumwandlung mögliche Rentenerhöhungen und entlaste damit sogar leicht die Rentenkassen.



BDI setzt in der Energieforschung neue Akzente

BERLIN. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) mahnt einen Kurswechsel der Bundesregierung in der Energieforschung an. Angesichts der wachsenden Importabhängigkeit Europas und politischer Instabilitäten in wichtigen Förderländern müssten die Anstrengungen auf dem Gebiet von Forschung und Entwicklung im Energiebereich forciert werden, heißt es in einem Positionspa-

pier des Verbandes, das dem Handelsblatt vorliegt.

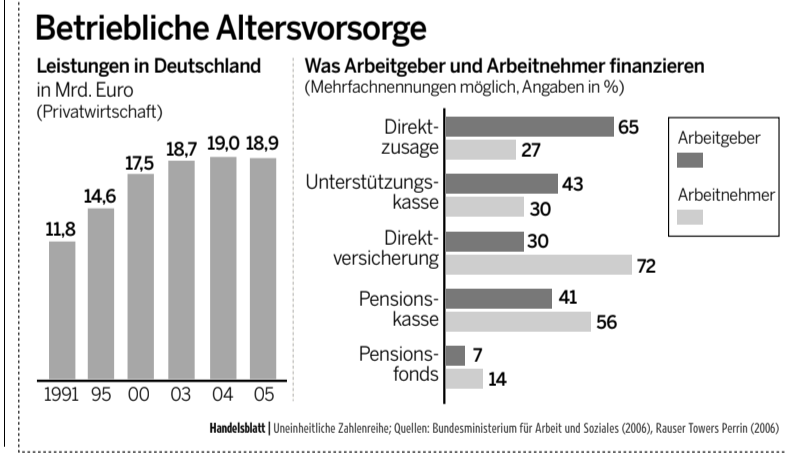
Nach Auffassung des BDI müssen die Aktivitäten des Bundes in der Energieforschung gebündelt werden. Derzeit sei das Thema zu dezentral organisiert, heißt es beim BDI. Tatsächlich sind nicht nur das Bundesforschungs- und das Bundeswirtschaftsministerium mit dem Thema befasst, auch die Ressorts Verkehr und Landwirtschaft.

„Energieforschung ist grundlegend für eine wettbewerbsorientierte Technologie- und Standortpolitik: Sie sollte aus öffentlichen und privaten Mitteln gemeinsam realisiert werden und einen ausgewogenen Energiemix zum Ziel haben“, heißt es in dem Positionspapier. Der BDI warnt, es wäre „eine gefährliche Wettbewerbsverzerrung zulasten deutscher Unternehmen und Forschungseinrichtungen“,

wenn die Unterstützung des Staates für das Thema „deutlich hinter dem zurück bliebe, was in konkurrierenden Wirtschaftsräumen staatlicherseits aufgewandt wird“.

Der BDI definiert mehrere Schwerpunkte der Energieforschung. Dazu zählen die Weiterentwicklung konventioneller Kraftwerkstechnik mit dem Ziel der Wirkungsgradsteigerung, die Weiterentwicklung der

Kernenergie, aber auch der erneuerbaren Energien. Außerdem sieht der BDI Schwerpunkte in der Fortentwicklung biogener Kraftstoffe, beim Aufbau einer „intelligenten“ Stromnetzinfrastruktur („smart grids“). Hohe Priorität räumt der BDI einem rationalen Umgang mit Energie ein. Daher sieht er einen Schwerpunkt der Energieforschung beim Thema Energieeffizienz. str



Advertisement for Econ Awards 2007. Includes text: 'Einsendeschluss für Econ Awards bis 29. Mai 2007 verlängert', 'Neu: Newsletter und Kundenmagazine', 'Verlängerter Einsendeschluss 29.05.2007', and 'Econ Award Unternehmenskommunikation'. Also features a book cover for 'Jahrbuch der Deutschen Industrie Unternehmenskommunikation'.